



Deutscher Polizist bei der Anti-Terror-Ausbildung afghanischer Polizeieinheiten

ESSAY

DIE STILLE KRAFT DER ZEIT

DER MILITÄREINSATZ IN AFGHANISTAN DIENST UNSERER SICHERHEIT.

VON EHRHART KÖRTING



Für den deutschen Einsatz in Afghanistan sind in den vergangenen Jahren verschiedene Begründungen angeführt worden, von der militärischen Terrorbekämpfung bis zur humanitären Hilfe. Es lohnt, die Gründe neu zu hinterfragen.

Erste These: Für einen Schutz der westlichen Welt vor Terrorismus ist ein militärischer Einsatz in Afghanistan nicht mehr erforderlich, sondern eher sogar kontraproduktiv.

Das zu Anfang des Einsatzes genannte Ziel war die Bekämpfung des Terrorismus („Unsere Freiheit wird auch am Hindukusch verteidigt“). Dazu brauche ich den Afghanistan-Einsatz nicht mehr. Die Gefahren des islamistischen Terrorismus in Europa gehen seit Jahren nach allen nachrichtendienstlichen und polizeilichen Erkenntnissen nicht in erster Linie von einreisenden, in Terrorcamps ausgebildeten Terroristen aus, sondern von hier radikalisierten Islamisten. Das gilt für Madrid genauso wie für London wie auch für die Sauerlandgruppe. Natürlich gibt es internationale Connections, auch zu Gruppen in den Grenzgebieten Afghanistans. Aber die eigentliche Gefahr sind nicht (vielleicht sogar desillusionierte) Rückkehrer aus den Camps, sondern die hier Radikalisierten. Die militärischen Auseinandersetzungen in Afghanistan werden zur Radikalisierung hier in Deutschland genutzt.

Zweite These: Der mangelhafte Aufbau einer eigenen, afghanischen Sicherheit durch Armee und Polizei trägt als Be-

gründung für einen weiteren westlichen Militäreinsatz nicht mehr.

Das zweite Ziel für unseren Einsatz war die Beseitigung eines brutalen Herrschaftssystems der Taliban. Hätten wir die Taliban gestürzt und wären wieder gegangen, hätte es gutgehen können. Aber so sind wir geblieben und verletzen nicht nur tagtäglich den Stolz der Afghanen, die sich fremdbestimmt fühlen, sondern liefern „als Besatzer“ die Gründe für den Widerstand von Taliban und anderen. Wenn wir in der Historie der ersten britischen Besetzung Afghanistans vor 170 Jahren blättern, zum Beispiel in Lady Sales „Tagebuch über die Unglücksfälle in Afghanistan 1841 und 1842“, sehen wir Strukturen einer von Stämmen und Stammeshäuptlingen (wir nennen sie heute teilweise Warlords) dominierten Gesellschaft. Sicher, die Stämme sind durchlässiger geworden, sie haben nicht mehr den früheren Einfluss in den Städten, und Kommunikation und Mobilität sind auch an Afghanistan nicht vorübergegangen. Aber die Strukturen wirken noch nach, und sie werden auch noch viele Jahre nachwirken. Wahrscheinlich muss man neu denken und die Afghanen stärker sich selbst überlassen.

Hierzu muss mit den Machthabern vor Ort darüber verhandelt werden, wie diese – gegen westliche Bezahlung – künftig selbst die Sicherheit im Land gewährleisten können.

Insoweit ist das Buch von Lady Sale über die Mentalität der Afghanen noch heute gültig. Wenn wir wirklich neu denken, dürfen wir nicht ständig Forderungen stellen, was alles erfüllt

sein muss bis zu einem Rückzug der westlichen Militärs, zum Beispiel, wie viel Armee und Polizei vorhanden sein soll, wie sie ausgebildet sein müssen. Dass wir so viel wie möglich bis zu einem Rückzugszeitpunkt fördern wollen, steht auch für mich außer Frage. Aber ich kann uns nicht an irgendwelche Maßstäbe binden, die wir bei den gegebenen Strukturen nicht erreichen werden.

Dritte These: Das Ende des Afghanistan-Einsatzes ist unabhängig vom Aufbau einer funktionierenden, nicht-korrupten Verwaltung.

Als drittes Ziel ist in der aktuellen Debatte immer die Sicherung eines funktionierenden Verwaltungssystems und einer funktionierenden Infrastruktur angeführt worden. Hierzu gehört auch die Korruptionsbekämpfung. Ich werde bei einem Blick in die Historie etwas desillusioniert. Jeder Häuptling in den Konflikten 1841/42 war bereit, mit den Briten zusammenzuarbeiten. Es war nur eine Frage, wie viel man zahlte. Für einen Teil der afghanischen Gesellschaft gehört die Korruption zur kulturellen Identität. Das finde ich schrecklich, aber es ist doch eine Illusion zu glauben, diese wahrscheinlich jahrhundertalte Mentalität könne man in wenigen Jahren beseitigen.

Wir müssen uns deshalb eine ganz andere Frage stellen: Wie stellen wir es an, dass trotz Korruption unsere eingesetzten Gelder bei Projekten und bei den kleinen Leuten ankommen? Ein schönes Beispiel ist die Bezahlung der Polizei. Polizisten aller Dienstgrade müssen ihren Vorgesetzten einen Teil ihres Solds „spenden“ – als Dankeschön für ihren Job. So geht es durch die ganze Hierarchie bis hinunter zum einfachen Polizisten, und der bedient sich dann zum Beispiel beim Bauern auf dem Weg zum Markt und verlangt einen „Wegezoll“. Die Europäische Polizeikommission in Afghanistan, Eupol, hat jetzt ein Projekt laufen, die Bezahlung der einfachen Polizisten direkt sicherzustellen. Das ist ein praktischer, vernünftiger Weg.

Ebenso können wir bei vom Westen finanzierten Hilfsprojekten besser darauf achten, dass unser Geld auch unten ankommt – zum Beispiel, indem wir die Weiterfinanzierung von nachprüfbareren Baufortschritten abhängig machen. Damit erreichen wir mehr als mit der Implementierung von Antikorruptionsvorschriften und -institutionen.

Ähnliches gilt für die Justiz. Zwölf Richter sind in kurzer Zeit ermordet worden, hat mir der oberste Richter des Landes, Professor Abdul Salam Asimi berichtet. Die Regierung sieht sich außerstande, ihnen Schutz zu gewährleisten. Ist es realistisch, ein nach westlichen Maßstäben funktionierendes Strafverfolgungs- und Rechtssystem zu fordern? Natürlich gebe auch ich den Anspruch nicht auf. Aber hat die Erfüllung dieser Vorstellung irgendetwas mit dem Zeitpunkt des Rückzugs aus Afghanistan zu tun?

Vierte These: Die Sicherung der Grundrechte müssen wir von den Afghanen fordern. Wir können finanzielle Hilfen von Fortschritten abhängig machen. Der westliche Militäreinsatz ist zum Schutz dieser Grundrechte auf Dauer nicht geeignet.

Ein neues, viertes Ziel ist die Sicherung der Menschenrechte oder realistischer ausgedrückt, eine so weit wie möglich gehende Einführung der Menschenrechte. Auch hier hilft ein Blick in die Geschichte – etwa wenn es um die Gleichberechtigung von

Frauen geht. Schon die Kommunisten sind an einer oktroyierten Lösung gescheitert. Die Russen hatten zwar viele Fortschritte, besonders in der Geschlechterfreiheit, gebracht; auch wenn wir im Westen das im Kalten Krieg so nicht wahrnehmen wollten. Sie haben aber die Menschen nicht erreicht, mit ihrem Abzug verschwanden die Fortschritte, die Situation der Frauen hat sich danach wieder dramatisch verschlechtert.

Was haben wir daraus gelernt? Wenig. Wir entscheiden uns für eine oktroyierte Lösung, statt auf die stille Kraft der Zeit zu setzen. Bei meinem ersten Besuch in Kabul habe ich unendlich viele Frauen in der Burka gesehen, bei meinem letzten in diesem Jahr wesentlich weniger. Gleichzeitig erzählen Frauenorganisationen von Gewalt auf Polizeirevieren bis hin zur Vergewaltigung, wenn die Frauen dort ihre Männer anzeigen wollen. Die Freiheitsrechte werden wir immer einfordern. Aber auch das muss ich den Afghanen überlassen, den Gebildeten, mit denen wir kommunizieren, einer doch relativ breiten Presse, den Nichtregierungsorganisationen. Wir sichern die Menschenrechte nicht, wenn sie nicht wachsen und gelebt werden.

Fünfte These: Der westliche Militäreinsatz stabilisiert die Region nicht. Wir müssen mehr auf die Nachbarstaaten setzen, insbesondere Iran und China.

Das letzte Ziel ist die Stabilisierung der Region. Auch da sollten wir uns keine Illusionen machen und die angrenzenden Länder auffordern, ihren Beitrag zu leisten. Nationale Politik folgt nationalen Interessen. Hat Pakistan bei seinem Dauerkonflikt mit Indien ein wirkliches Interesse an einem stabilen Afghanistan? Oder beruht der jetzige Angriff gegen Taliban-Gruppen ausschließlich auf eigenen Sicherheitsinteressen Pakistans? Die vor wenigen Tagen öffentlich gemachten Geheimdokumente aus den USA lassen zweifeln, ob die bisherige Konzentration auf Pakistan als Ver-

bündeten wirklich der Stabilisierung der Region dient. Bei Besuchen in Afghanistan haben mir hochrangige afghanische Vertreter immer wieder gesagt, dass hinter einem Teil der Selbstmordanschläge der pakistanische Geheimdienst stehe.

Welches Interesse hat Iran? Da sehe ich bei mehr als einer Million Flüchtlingen aus Afghanistan, einem ungebreiterten Drogenhandel und einer zunehmenden Drogensucht in Iran mindestens so viel nationales Interesse wie bei Pakistan. Iran wäre ein natürlicher Verbündeter der westlichen Welt, um Einfluss auf den westlichen Teil Afghanistans zu nehmen. Wann lösen wir uns von den Berührungsängsten und versuchen, in dieser Frage gemeinsam etwas mit Iran zu machen? Vielleicht hilft es sogar, Vertrauen auch bei anderen Fragestellungen zu schaffen. Ähnliches gilt für China.

Fazit: Der Militäreinsatz in Afghanistan dient weder der hiesigen Sicherheit, noch stabilisiert er dauerhaft die Sicherheit der Region. Für unsere Rückzugsstrategie heißt das, wir müssen die Afghanen und ihre Nachbarstaaten stärker in die Pflicht nehmen, und wir müssen auch dann mit dem Rückzug beginnen, wenn unsere Ziele noch nicht vollständig erreicht sind.

Ehrhart Körting, 68 (SPD), ist seit 2001 Innensenator von Berlin. Im Auftrag der Innenministerkonferenz war er mehrmals in Afghanistan.



Trauerfeier für Bundeswehrsoldaten

Wir sichern die Menschenrechte nicht, wenn sie nicht wachsen und gelebt werden.